

Stand: 23.02.2026 02:36:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15841

"Antisemitismus entschieden bekämpfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/15841 vom 19.05.2021
2. Beschluss des Plenums 18/15940 vom 20.05.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 20.05.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gothardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ludwig Spaenle, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülsären Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Sebastian Körber, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser, Helmut Markwort, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer und Fraktion (FDP)

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Seit einiger Zeit ist leider eine Zunahme von Antisemitismus sowie judenfeindlichen Einstellungen und Angriffen festzustellen – in ganz Europa, in Deutschland und auch in Bayern. In diesen Tagen werden die aktuellen Entwicklungen im Nahost-Konflikt in klar antisemitischer Motivation als Vorwand für die Bedrohung von Jüdinnen und Juden und für Angriffe auf Synagogen missbraucht. Der Landtag sieht Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem, das in allen gesellschaftlichen Schichten und allen Regionen auftritt.

Er verpflichtet sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich, jeder Form des Antisemitismus

mit aller Konsequenz und Entschlossenheit entgegenzutreten und diesen entschieden zu bekämpfen. Ein starkes und vielfältiges jüdisches Leben ist und war immer fester Bestandteil unserer Gesellschaft und festigt den Zusammenhalt von Menschen verschiedenster Glaubens im Freistaat Bayern, in der Bundesrepublik sowie in Europa und allen Teilen der Welt.

I. Der Landtag stellt vor diesem Hintergrund fest:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ – so heißt es in Art. 1 des Grundgesetzes. Seit 1949 wird hiermit ein unverrückbares Prinzip unserer Demokratie beschrieben, das ein friedliches Zusammenleben in der deutschen Nachkriegsgeschichte sichert, essenziell für unsere Gesellschaft ist und daher von allen hier lebenden Menschen akzeptiert und respektiert werden muss.

76 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und vor dem Hintergrund der unbegreiflichen Schreckenstaten, der Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden, tragen wir auch heute besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus.

Der Landtag ist dankbar, dass jüdisches Leben und jüdische Kultur trotz dieser Vergangenheit wieder fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland sind, den es mit allen Kräften zu schützen gilt. So stellt jeder einzelne Übergriff auf Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens immer auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und auf jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin dar. Jüdinnen und Juden besitzen ebenso wie jede andere Bürgerin und jeder andere Bürger in unserem Freistaat das Recht, sich ohne Furcht in jedem Teil Bayerns bewegen und, wo immer sie das wollen, auch offen ihrem Glauben nachgehen zu können. Dies ist in keiner Weise verhandelbar.

Der Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass Antisemitismus, antisematische Vorurteile und Stereotypen noch immer ein ernstzunehmendes Problem in unserer Gesellschaft sind. Ebenso zeigt er sich zutiefst besorgt angesichts der Tatsache, dass diese Haltungen inzwischen offen zutage treten – dass der Antisemitismus neue Ausmaße und Formen erreicht hat, sei es durch zunehmende antisemitische Hetze und Verschwörungstheorien im Internet, durch den deutlichen Anstieg antisemitisch motivierter krimineller Handlungen oder durch die judefeindlichen Aggressionen im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen im Nahost-Konflikt, die auf das Schärfste zu verurteilen sind.

Antisemitismus macht mittlerweile auch vor den Parlamenten nicht mehr halt. Der Affront gegen die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde für München und Oberbayern bei der gemeinsamen Gedenkfeier des Bayerischen Landtages und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft im Januar 2019, die damit verbundene Missachtung der Würde der Opfer sowie die dadurch losgetretene Welle der Beleidigung und Bedrohung gegen die Präsidentin der Kultusgemeinde zeigte dies in erschreckender Weise. Für den Bayerischen Landtag ist dies eine klare Bestätigung dafür, dass der Kampf gegen den Antisemitismus mit großer Entschlossenheit geführt werden muss.

Antisemitische Einstellungen und Ressentiments sind nicht nur ein Problem von Randgruppen, sondern betreffen alle Schichten unserer Gesellschaft. Der Gefahr eines durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus muss dabei ebenso Aufmerksamkeit gelten wie dem historisch gewachsenen und latent vorhandenen Antisemitismus in Deutschland.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Antisemitismus muss umfassend von Staat und Zivilgesellschaft bekämpft und in seiner Ausbreitung unterbunden werden. Er stellt nicht nur eine Gefahr für Jüdinnen und Juden dar, sondern gefährdet auch die grundlegenden Werte unserer demokratischen Gesellschaft, die Wahrung der Menschenrechte und die Würde jedes Menschen.

Der Landtag stellt sich vor diesem Hintergrund entschieden an die Seite der Menschen jüdischen Glaubens in Bayern und verurteilt und bekämpft alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe. Sie sind Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion. Neben sicherheitspolitischen Aspekten kommt im Handeln gegen Antisemitismus der Prävention durch staatliche Institutionen und der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements eine Schlüsselrolle zu.

Für den Landtag handelt es sich bei der Bekämpfung des Antisemitismus um ein Anliegen von höchster Priorität. Die Debatte um die Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Maßnahmen werden die demokratischen Fraktionen des Landtags heute und in Zukunft im Bewusstsein unserer hohen Verantwortung gegenüber den Jüdinnen und Juden, unserer hohen Verantwortung gegenüber den unteilbaren Werten der Bayerischen Verfassung und unserer hohen Verantwortung gegenüber dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft führen.

- II. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund ausdrücklich die vielzähligen bestehenden präventiven und repressiven Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus, die zugleich auch Ausdruck dafür sind, dass es sich für die Staatsregierung um ein Anliegen von höchster Priorität handelt.

Insbesondere begrüßt der Landtag, dass

1. die Staatsregierung ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung des Antisemitismus abgegeben hat – als einer bestimmten Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann, der sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen richtet, wobei auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel von Erscheinungsformen von Antisemitismus sein kann. Die Annahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Orientierungshilfe in den verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns in Bayern setzt ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und judefeindliche Tendenzen. Die Staatsregierung stellt sich damit ausdrücklich an die Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger und unterstreicht nachdrücklich ihre Freundschaft und Solidarität mit dem Staat Israel.
2. die Staatsregierung einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe eingesetzt hat, der vor allem Ansprechpartner für jüdische Bürgerinnen und Bürger, für Kultusgemeinden und Einrichtungen ist. Er stützt und flankiert als unbürokratische Anlaufstelle das staatliche Handeln, um Antisemitismus zu bekämpfen und präventive Maßnahmen dagegen zu stärken.
3. eine konsequente Erfassung, Bekämpfung und Verfolgung antisemitischer Straf- und Gewalttaten mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln und Maßnahmen durch die bayerischen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden erfolgt. Die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Bayern ist laut Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den letzten beiden Jahren um über 60 Prozent auf 353 Fälle im Jahr 2020 angestiegen (2018: 219 Fälle). Hierbei handelt es sich beispielsweise um Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Volksverhetzung und Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen. Es ist erschreckend, dass der Hass auf Jüdinnen und Juden in unserem Land so stark zugenommen hat. Antisemitische Straf- und Gewalttaten müssen mit aller Konsequenz verfolgt werden. Da jeder einzelne dieser Vorfälle das Sicherheitsgefühl der Opfer untergräbt, muss alles dafür getan werden, um möglichst alle Täter zu ermitteln und einer Verurteilung zuzuführen. Auch sind seit 2018 bei den Generalstaatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte tätig. Nach außen fungieren sie als zentrale Ansprechpartner, sind zentrale Kontaktstelle für Zweifelsfragen im Zusammenhang mit antisemitischen Straftaten und wirken auf eine einheitliche Rechtsanwendung hin. Aufgrund des Anstiegs antisemitischer Straftaten in den letzten Jahren und der Zunahme judefeindlicher Übergriffe auch unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit treffen Justiz und Sicherheitsbehörden alle notwendigen Vorkehrungen, um derartigen Vorfällen

und dieser Entwicklung nachdrücklich entgegenzutreten. Mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) besteht zudem eine staatlich geförderte Plattform zur Registrierung antisemitischer Vorfälle und zur Beratung für Menschen, die davon betroffen sind.

4. der Ausbau von technischen Sicherungsmaßnahmen wie Videoüberwachung oder Sicherheitsstandards von Fenstern und Türen zur Verbesserung des Schutzes jüdischer Einrichtungen mittels der durch die Staatsregierung bereitgestellten Sondermittel erfolgt sowie die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz jüdischer Gemeinschaften, Synagogen und anderer jüdischen Einrichtungen auf Grundlage von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern konsequent durchgeführt werden.
 5. die kontinuierliche und intensive historisch-politische Bildungsarbeit an den bayerischen Schulen durch Maßnahmen frühzeitiger Demokratie- und Wertevermittlung, Radikalisierungsprävention sowie den Abbau antisemitischer Haltungen durch offenen Dialog und Begegnungsarbeit wesentlich zur Bekämpfung des Antisemitismus beiträgt.
- III. Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, diesen Weg auch weiterhin entschlossen zu beschreiten und die vorhandenen Maßnahmen gegen Antisemitismus konsequent fortzuführen:

So gilt es insbesondere,

1. das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus umfassend zu fördern und die Antisemitismusprävention in der politisch-historischen Bildungsarbeit und in der Durchführung von Präventionsprogrammen zu unterstützen. Dafür sollen neben dem schulischen Bereich auch Einrichtungen der außerschulischen Bildung gefördert werden. Dem jüngst von RIAS verzeichneten Anstieg verschwörungsideologisch geprägter Vorfälle ist dabei in besonderem Maße durch gezielte Aufklärungsarbeit zu begegnen. Nicht zuletzt ist es dem großen Engagement zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen zu verdanken, dass das aktive jüdische Leben in den vergangenen Jahren gerade auch in Bayern befördert werden konnte, und sich im Aufbau von Bildungsstätten und Schulen, aber auch anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie im Aufbau neuer Synagogen ausdrückt.
2. das wiederentstandene vielfältige jüdische Leben weiterhin nach allen Kräften als wichtigen Bestandteil von Bayern zu würdigen und zu schützen, die Begegnung und den offenen Dialog der Religionen zu befördern, und sich auch in Zukunft stets entschlossen und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats dem Antisemitismus entgegenzustellen. Hierzu ist es auch notwendig, sich dafür einzusetzen, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA als Grundlage staatlichen Handelns in den Bereichen Bildung, Justiz und Polizei sukzessive in die Praxis einfließen zu lassen.
3. das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten und durch die Unterstützung von Erinnerungseinrichtungen, KZ-Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Bildungseinrichtungen weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass die Erinnerung an die Shoah und die damit einhergehende historische Verantwortung für ein „Nie wieder“ in der Bevölkerung, insbesondere unter jüngeren Deutschen sowie unter neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, fortbesteht. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, von großer Bedeutung. Deshalb wird die Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur sowie einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger weiter ausgebaut.
4. den zunehmenden Versuchen, die Terrorherrschaft der Nazis und die Einzigartigkeit ihres Vernichtungswillens zu relativieren, klar entgegenzutreten. Dies gilt auch für die Versuche, unsere Gedenkkultur abzuwerten. Der Kampf gegen den Antisemitismus gehört zum Kern unseres Werteverständnisses als Demokratinnen und Demokraten, das unmittelbar aus den Erfahrungen mit der NS-Diktatur erwachsen ist.

5. die Erinnerungsarbeit in Bayern auch künftig mit geeigneten Initiativen zu unterstützen und Erinnerungsorte in ihrer Ausgestaltung, Weiterentwicklung und Vernetzung zu befördern. Die Staatsregierung hat hierzu im Januar 2020 einen wegweisenden Beschluss über ein Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur gefasst. Auch die Planung und Durchführung eines Jubiläumsjahres 2021 – auch unter erschwerten Bedingungen durch die Coronapandemie – ist unter anderem geeignet, die Erinnerungsarbeit zu stärken. 2021 jährt sich die erste urkundliche Erwähnung einer jüdischen Gemeinde auf deutschem Boden zum 1 700sten Mal; in Bayern sind jüdische Spuren seit über 1 000 Jahren nachweisbar. Dies soll zum Anlass dienen, sowohl von staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Seite mit Veranstaltungen aller Art auf die jahrhundertalte jüdische Kultur in Bayern und Deutschland hinzuweisen sowie eine größere Öffentlichkeit mit dem zeitgenössischen jüdischen Leben hierzulande vertraut zu machen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ludwig Spaenle, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülsen Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Sebastian Körber, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser, Helmut Markwort, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer und Fraktion (FDP)

Drs. 18/15841

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Seit einiger Zeit ist leider eine Zunahme von Antisemitismus sowie judenfeindlichen Einstellungen und Angriffen festzustellen – in ganz Europa, in Deutschland und auch in Bayern. In diesen Tagen werden die aktuellen Entwicklungen im Nahost-Konflikt in klar

antisemitischer Motivation als Vorwand für die Bedrohung von Jüdinnen und Juden und für Angriffe auf Synagogen missbraucht. Der Landtag sieht Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem, das in allen gesellschaftlichen Schichten und allen Regionen auftritt.

Er verpflichtet sich vor diesem Hintergrund ausdrücklich, jeder Form des Antisemitismus mit aller Konsequenz und Entschlossenheit entgegenzutreten und diesen entschieden zu bekämpfen. Ein starkes und vielfältiges jüdisches Leben ist und war immer fester Bestandteil unserer Gesellschaft und festigt den Zusammenhalt von Menschen verschiedenen Glaubens im Freistaat Bayern, in der Bundesrepublik sowie in Europa und allen Teilen der Welt.

I. Der Landtag stellt vor diesem Hintergrund fest:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ – so heißt es in Art. 1 des Grundgesetzes. Seit 1949 wird hiermit ein unverrückbares Prinzip unserer Demokratie beschrieben, das ein friedliches Zusammenleben in der deutschen Nachkriegsgeschichte sichert, essenziell für unsere Gesellschaft ist und daher von allen hier lebenden Menschen akzeptiert und respektiert werden muss.

76 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und vor dem Hintergrund der unbegreiflichen Schreckenstaten, der Entretung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden, tragen wir auch heute besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus.

Der Landtag ist dankbar, dass jüdisches Leben und jüdische Kultur trotz dieser Vergangenheit wieder fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland sind, den es mit allen Kräften zu schützen gilt. So stellt jeder einzelne Übergriff auf Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens immer auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und auf jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin dar. Jüdinnen und Juden besitzen ebenso wie jede andere Bürgerin und jeder andere Bürger in unserem Freistaat das Recht, sich ohne Furcht in jedem Teil Bayerns bewegen und, wo immer sie das wollen, auch offen ihrem Glauben nachgehen zu können. Dies ist in keiner Weise verhandelbar.

Der Landtag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass Antisemitismus, antisematische Vorurteile und Stereotypen noch immer ein ernstzunehmendes Problem in unserer Gesellschaft sind. Ebenso zeigt er sich zutiefst besorgt angesichts der Tatsache, dass diese Haltungen inzwischen offen zutage treten – dass der Antisemitismus neue Ausmaße und Formen erreicht hat, sei es durch zunehmende antisemitische Hetze und Verschwörungstheorien im Internet, durch den deutlichen Anstieg antisemitisch motivierter krimineller Handlungen oder durch die judentfeindlichen Aggressionen im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen im Nahost-Konflikt, die auf das Schärfste zu verurteilen sind.

Antisemitismus macht mittlerweile auch vor den Parlamenten nicht mehr halt. Der Affront gegen die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde für München und Oberbayern bei der gemeinsamen Gedenkfeier des Bayerischen Landtages und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft im Januar 2019, die damit verbundene Missachtung der Würde der Opfer sowie die dadurch losgetretene Welle der Beleidigung und Bedrohung gegen die Präsidentin der Kultusgemeinde zeigte dies in erschreckender Weise. Für den Bayerischen Landtag ist dies eine klare Bestätigung dafür, dass der Kampf gegen den Antisemitismus mit großer Entschlossenheit geführt werden muss.

Antisemitische Einstellungen und Ressentiments sind nicht nur ein Problem von Randgruppen, sondern betreffen alle Schichten unserer Gesellschaft. Der Gefahr eines durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus muss dabei ebenso Aufmerksamkeit gelten wie dem historisch gewachsenen und latent vorhandenen Antisemitismus in Deutschland.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Antisemitismus muss umfassend von Staat und Zivilgesellschaft bekämpft und in

seiner Ausbreitung unterbunden werden. Er stellt nicht nur eine Gefahr für Jüdinnen und Juden dar, sondern gefährdet auch die grundlegenden Werte unserer demokratischen Gesellschaft, die Wahrung der Menschenrechte und die Würde jedes Menschen.

Der Landtag stellt sich vor diesem Hintergrund entschieden an die Seite der Menschen jüdischen Glaubens in Bayern und verurteilt und bekämpft alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe. Sie sind Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion. Neben sicherheitspolitischen Aspekten kommt im Handeln gegen Antisemitismus der Prävention durch staatliche Institutionen und der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements eine Schlüsselrolle zu.

Für den Landtag handelt es sich bei der Bekämpfung des Antisemitismus um ein Anliegen von höchster Priorität. Die Debatte um die Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Maßnahmen werden die demokratischen Fraktionen des Landtags heute und in Zukunft im Bewusstsein unserer hohen Verantwortung gegenüber den Jüdinnen und Juden, unserer hohen Verantwortung gegenüber den unteilbaren Werten der Bayerischen Verfassung und unserer hohen Verantwortung gegenüber dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft führen.

- II. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund ausdrücklich die vielzähligen bestehenden präventiven und repressiven Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus, die zugleich auch Ausdruck dafür sind, dass es sich für die Staatsregierung um ein Anliegen von höchster Priorität handelt.

Insbesondere begrüßt der Landtag, dass

1. die Staatsregierung ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung des Antisemitismus abgegeben hat – als einer bestimmten Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann, der sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen richtet, wobei auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel von Erscheinungsformen von Antisemitismus sein kann. Die Annahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Orientierungshilfe in den verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns in Bayern setzt ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und judefeindliche Tendenzen. Die Staatsregierung stellt sich damit ausdrücklich an die Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger und unterstreicht nachdrücklich ihre Freundschaft und Solidarität mit dem Staat Israel.
2. die Staatsregierung einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe eingesetzt hat, der vor allem Ansprechpartner für jüdische Bürgerinnen und Bürger, für Kultusgemeinden und Einrichtungen ist. Er stützt und flankiert als unbürokratische Anlaufstelle das staatliche Handeln, um Antisemitismus zu bekämpfen und präventive Maßnahmen dagegen zu stärken.
3. eine konsequente Erfassung, Bekämpfung und Verfolgung antisemitischer Straf- und Gewalttaten mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln und Maßnahmen durch die bayerischen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden erfolgt. Die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Bayern ist laut Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den letzten beiden Jahren um über 60 Prozent auf 353 Fälle im Jahr 2020 angestiegen (2018: 219 Fälle). Hierbei handelt es sich beispielsweise um Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Volksverhetzung und Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen. Es ist erschreckend, dass der Hass auf Jüdinnen und Juden in unserem Land so stark zugenommen hat. Antisemitische Straf- und Gewalttaten müssen mit aller Konsequenz verfolgt werden. Da jeder einzelne dieser Vorfälle das Sicherheitsgefühl der Opfer untergräbt, muss alles dafür getan werden, um möglichst alle Täter zu ermitteln und einer Verurteilung zuzuführen. Auch sind seit 2018 bei den Generalstaatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte tätig. Nach außen fungieren sie als zentrale Ansprechpartner, sind zentrale Kontaktstelle für Zweifelsfragen im Zusammenhang mit antisemitischen Straftaten

und wirken auf eine einheitliche Rechtsanwendung hin. Aufgrund des Anstiegs antisemitischer Straftaten in den letzten Jahren und der Zunahme judentfeindlicher Übergriffe auch unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit treffen Justiz und Sicherheitsbehörden alle notwendigen Vorkehrungen, um derartigen Vorfällen und dieser Entwicklung nachdrücklich entgegenzutreten. Mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) besteht zudem eine staatlich geförderte Plattform zur Registrierung antisemitischer Vorfälle und zur Beratung für Menschen, die davon betroffen sind.

4. der Ausbau von technischen Sicherungsmaßnahmen wie Videoüberwachung oder Sicherheitsstandards von Fenstern und Türen zur Verbesserung des Schutzes jüdischer Einrichtungen mittels der durch die Staatsregierung bereitgestellten Sondermittel erfolgt sowie die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz jüdischer Gemeinschaften, Synagogen und anderer jüdischen Einrichtungen auf Grundlage von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern konsequent durchgeführt werden.
 5. die kontinuierliche und intensive historisch-politische Bildungsarbeit an den bayerischen Schulen durch Maßnahmen frühzeitiger Demokratie- und Wertevermittlung, Radikalisierungsprävention sowie den Abbau antisemitischer Haltungen durch offenen Dialog und Begegnungsarbeit wesentlich zur Bekämpfung des Antisemitismus beiträgt.
- III. Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, diesen Weg auch weiterhin entschlossen zu beschreiten und die vorhandenen Maßnahmen gegen Antisemitismus konsequent fortzuführen:

So gilt es insbesondere,

1. das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus umfassend zu fördern und die Antisemitismusprävention in der politisch-historischen Bildungsarbeit und in der Durchführung von Präventionsprogrammen zu unterstützen. Dafür sollen neben dem schulischen Bereich auch Einrichtungen der außerschulischen Bildung gefördert werden. Dem jüngst von RIAS verzeichneten Anstieg verschwörungsideologisch geprägter Vorfälle ist dabei in besonderem Maße durch gezielte Aufklärungsarbeit zu begegnen. Nicht zuletzt ist es dem großen Engagement zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen zu verdanken, dass das aktive jüdische Leben in den vergangenen Jahren gerade auch in Bayern befördert werden konnte, und sich im Aufbau von Bildungsstätten und Schulen, aber auch anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie im Aufbau neuer Synagogen ausdrückt.
2. das wiederentstandene vielfältige jüdische Leben weiterhin nach allen Kräften als wichtigen Bestandteil von Bayern zu würdigen und zu schützen, die Begegnung und den offenen Dialog der Religionen zu befördern, und sich auch in Zukunft stets entschlossen und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats dem Antisemitismus entgegenzustellen. Hierzu ist es auch notwendig, sich dafür einzusetzen, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA als Grundlage staatlichen Handelns in den Bereichen Bildung, Justiz und Polizei sukzessive in die Praxis einfließen zu lassen.
3. das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten und durch die Unterstützung von Erinnerungseinrichtungen, KZ-Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Bildungseinrichtungen weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass die Erinnerung an die Shoah und die damit einhergehende historische Verantwortung für ein „Nie wieder“ in der Bevölkerung, insbesondere unter jüngeren Deutschen sowie unter neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, fortbesteht. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, von großer Bedeutung. Deshalb wird die Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur sowie einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger weiter ausgebaut.
4. den zunehmenden Versuchen, die Terrorherrschaft der Nazis und die Einzigartigkeit ihres Vernichtungswillens zu relativieren, klar entgegenzutreten. Dies gilt auch für die Versuche, unsere Gedenkkultur abzuwerten. Der Kampf gegen den

Antisemitismus gehört zum Kern unseres Werteverständnisses als Demokratinnen und Demokraten, das unmittelbar aus den Erfahrungen mit der NS-Diktatur erwachsen ist.

5. die Erinnerungsarbeit in Bayern auch künftig mit geeigneten Initiativen zu unterstützen und Erinnerungsorte in ihrer Ausgestaltung, Weiterentwicklung und Vernetzung zu befördern. Die Staatsregierung hat hierzu im Januar 2020 einen wegweisenden Beschluss über ein Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur gefasst. Auch die Planung und Durchführung eines Jubiläumsjahres 2021 – auch unter erschwerten Bedingungen durch die Coronapandemie – ist unter anderem geeignet, die Erinnerungsarbeit zu stärken. 2021 jährt sich die erste urkundliche Erwähnung einer jüdischen Gemeinde auf deutschem Boden zum 1 700sten Mal; in Bayern sind jüdische Spuren seit über 1 000 Jahren nachweisbar. Dies soll zum Anlass dienen, sowohl von staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Seite mit Veranstaltungen aller Art auf die jahrhundertalte jüdische Kultur in Bayern und Deutschland hinzuweisen sowie eine größere Öffentlichkeit mit dem zeitgenössischen jüdischen Leben hierzulande vertraut zu machen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian Streibl

Abg. Katharina Schulze

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Karl Freller

Abg. Uli Henkel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD),

Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)

Antisemitismus entschieden bekämpfen! (Drs. 18/15841)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstem erteile ich Herrn Kollegen Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen in den letzten Jahren und Tagen ein zunehmendes Erstarren des Antisemitismus in unserem Land wahr, von den Attentaten in Halle bis zu den Berichten des Bundesverbands RIAS, die wir lesen, dass immer mehr Gewalttaten und Beleidigungen gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger passieren. Angesichts der Tatsache, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft erstarkt und wieder Urständ feiert, angesichts der Gewalttaten gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, angesichts eines Mobs, der am vergangenen Wochenende auf den Straßen und in den Städten Deutschlands Parolen gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie gegen Israel skandierte, eines Mobs, der zu Gewalttaten gegen Juden auf den Straßen in Deutschland aufrief, auf denen die schlimmsten Verbrechen der Shoah begangen wurden, angesichts all dessen sind wir, die Fraktionen

der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP, hier im Bayerischen Landtag übereingekommen, eine gemeinsame Resolution und einen gemeinsamen Antrag zu beschließen, um ein großes und starkes Zeichen von uns allen zu setzen, dass wir gemeinsam an der Seite unserer jüdischen Geschwister gegen den Antisemitismus in unserem Land stehen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben uns auf den Weg gemacht, uns zusammengesetzt und diese Resolution in mehreren Diskussionen und Gesprächen entworfen. Wir kamen überein, diesen Antrag stellen zu wollen. Wir haben uns mit dem Zentralrat der Juden, Herrn Dr. Josef Schuster, mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Frau Dr. h. c. Charlotte Knobloch, und dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Herrn Dr. Ludwig Spaenle, zusammengesetzt und dies besprochen. An dieser Stelle geht der Dank an alle, die an dieser Resolution mitgearbeitet haben, sodass wir jetzt einen Text haben, hinter dem wir uns alle versammeln können und der für uns alle auch ein Programm ist, wie wir dem Antisemitismus in unserer Gesellschaft nicht nur mit Worten, sondern letztlich auch mit Taten entgegenstehen wollen.

(Beifall)

Hier sei sehr deutlich gesagt: Wir hier im Bayerischen Parlament, wir, die Vertreter des Freistaats Bayern, stehen zu unseren jüdischen Geschwistern und zum Staat Israel. Wir werden den Angriffen, die auf unsere jüdischen Geschwister und auf uns alle unternommen werden, widerstehen und diesen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Angriffe sind nicht nur Angriffe auf die jüdischen Gemeinden, sondern es sind letztlich Angriffe auf uns alle. Es sind Angriffe auf die Art und Weise, wie wir leben. Es sind Angriffe auf die Werte, die unsere Gesellschaft tra-

gen. Es sind Angriffe auf jeden Einzelnen von uns. Es sind Angriffe auf die freie westliche Welt, auf die Freiheit und die Pluralität unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir hier wachsam sein; denn die Feinde der offenen Gesellschaft formieren sich wieder. Der Antisemitismus ist ein Seismograf dafür. Hier müssen wir wachsam sein; denn mit dem Antisemitismus beginnt immer das Unheil in der Welt. Mit dem Antisemitismus beginnen die Unmenschlichkeit, die Grausamkeit und der Totalitarismus.

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir hier besonders sensibel und aufmerksam. Unsere Werte, unsere Gesellschaft und unsere Art zu leben stehen auf dem Spiel. Diese müssen wir verteidigen; denn Antisemitismus ist eine der furchtbarsten Waffen gegen das Menschsein, gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit.

Die Philosophin Hannah Arendt schreibt:

Wäre ich kein Jude, sondern gehörte irgendeinem anderen europäischen Volke zu, mir würden sich vor Angst die Haare auf dem Kopf sträuben, sobald einem Juden ein Haar gekrümmmt wird.

Meine Damen und Herren, mittlerweile wird mehr als nur ein Haar gekrümmt. Die Angst ist auch unsere Angst, weil sie uns bedroht. Deswegen müssen wir uns dazu bekennen und auch dazu stehen, dass wir eine wehrhafte Demokratie sind. Wir stehen zu unseren Werten, und wir kämpfen um diese Werte. Wir kämpfen um unsere freie, offene Gesellschaft und die Werte der Freiheit, der Sicherheit, um den Wohlstand, den wir durch diese Werte in unserer Gesellschaft geschaffen haben.

(Beifall)

Diese Werte sind in Artikel 1 unseres Grundgesetzes zusammengefasst: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Es heißt hier "Die Würde des Menschen", nicht die Würde eines Volkes, einer Gruppe oder irgendwelcher Interessenverbände. Nein, es ist die Würde eines jeden Menschen, eines jeden einzelnen Menschen gemeint. Es ist

nicht die Würde der Menschheit, sondern die Würde jeder einzelnen Person. Diese Würde ist unantastbar.

Aus unserer Geschichte wissen wir aber, dass diese Würde sehr wohl immer wieder angetastet wurde und auch heute angetastet wird. Unsere Aufgabe als Staat ist es, diese Würde zu schützen, egal von wem der Angriff auf diese Würde kommt. Das ist unsere Aufgabe.

(Lebhafter Beifall)

Dazu gehört, dass wir alle Maßnahmen ergreifen. Wenn antisemitische Gewalttaten begangen werden, dann muss die Strafe auf dem Fuße folgen. Dann müssen um sieben Uhr in der Früh, wie es Minister Eisenreich vorher sagte, die Polizei und die Staatsanwaltschaft vor der Tür stehen. Dann muss man merken, dass wir uns das nicht gefallen lassen. Wir müssen mit allen Mitteln vorantreiben, dass solche Straftaten nicht mehr begangen werden.

Dazu gehört aber auch eine Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Gerade die, die in unser Land zuziehen, müssen wissen, in welchem Land sie leben und welche Geschichte wir haben und dass wir aus dieser Geschichte gelernt haben. Sie müssen wissen, dass wir dieses Wissen weitergeben und daraus unsere Schlüsse ziehen, sodass wir deswegen auch wissen, dass wir zu unseren jüdischen Nachbarn und auch zum Staat Israel stehen und diesen mit verteidigen.

Meine Damen und Herren, unser Rechtsstaat ist letztlich der Garant für all das. Deswegen stehen wir zu unserer Rechtsstaatlichkeit; denn nur, wenn diese funktioniert, funktioniert auch eine offene und plurale Gesellschaft. Kollege Winfried Bausback hat vorhin schon den Spruch von Karl Popper zitiert: Keine Toleranz den Intoleranten. Wenn wir die Intoleranz gegenüber unserer Art zu leben dulden, würde diese abgeschafft werden. Deswegen werden wir auch starke Zeichen setzen.

Wir stehen zum jüdischen Leben in Bayern. Wir wollen es haben; denn es bereichert uns. Es gibt uns eine Vielfalt. Letztlich geht das aus einem gemeinsamen Bild des Menschen und einem gemeinsamen Bild der Politik, aus einem biblischen jüdisch-christlichen Menschenbild hervor, das – und jetzt schließe ich den Kreis – in Artikel 1 unseres Grundgesetzes festgeschrieben ist. Das ist unser Credo, das ist unsere Verantwortung. Zu der stehen wir. Deswegen freue ich mich, dass wir hier und heute in großer Einmütigkeit über diese Resolution entscheiden. Ich danke allen anderen Fraktionen, die daran mitgewirkt haben und damit gestern ein starkes Zeichen gesetzt haben. Das zeigt, dass gerade dieser Landtag in seiner Mehrheit ein starker Landtag sein kann und ist, wenn es um die Würde des Menschen geht.

(Lebhafter Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Katrin Ebner-Steiner posierte im Juni 2020 auf einem Foto anlässlich einer Corona-Protestversammlung in Deggendorf neben einem Mann, der einen gelben Stern mit der Aufschrift "Ich bin Impfgegner" trägt. Auf einer Kundgebung christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner im Mai 2020 in München verharmlost ein Redner die Shoah, indem er das Schicksal der Ungeborenen mit dem Schicksal der Juden im Nationalsozialismus gleichsetzt. Ein Münchner Rabbiner wird im Juli 2020 von vier Arabisch sprechenden Männern bedrängt und bedroht, und ein Fußballtrainer des jüdischen Sportvereins TSV Maccabi München wird im Juli 2020 antisemitisch beleidigt. Diese Beispiele allein aus dem letzten Jahr ließen sich endlos fortsetzen; denn antisemitische Vorfälle und Straftaten sind in Bayern alltäglich.

Kolleginnen und Kollegen, der Antisemitismus ist da. Er ist in Deutschland nie weg gewesen. Die Diskursverschiebung hat schon lange wieder begonnen. Eine Verbürgerli-

chung des Antisemitismus unter dem Deckmantel und Motto "Man wird doch noch einmal sagen dürfen" findet nicht nur in privaten, sondern auch in öffentlichen und politischen Räumen statt. Aus Worten wurden schon wieder viel zu oft Taten, wie man an den bayerischen Beispielen und dem schrecklichen Anschlag in Halle sehen konnte.

Wenn ich darüber nachdenke, kann ich nur erahnen, was das für Jüdinnen und Juden bedeutet. Ich schäme mich dafür, dass sie sich in Bayern und in Deutschland nicht sicher fühlen. Ich schäme mich dafür, dass manche Jüdinnen und Juden ihre Religion lieber nicht öffentlich ausleben. Es tut mir weh, wenn ich höre, dass Jüdinnen und Juden sich fragen, ob sie bei uns noch eine Heimat haben. Ich rufe ihnen zu: Ja, Sie haben eine Heimat hier in Bayern!

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich bin in die Politik und dann zu den GRÜNEN gegangen, weil mir der Kampf für unsere Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wichtig ist. Ich halte diesen Kampf für eine Bürgerinnen- und Bürgerpflicht. Vielfalt, Freiheit, Frieden und Demokratie sind nämlich nicht selbstverständlich. Das zeigen die offiziellen Zahlen, das zeigt der Blick in andere Länder, und das zeigt unsere Geschichte. Deswegen schlagen wir, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch hier im Landtag ständig Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass und Gewalt vor. Leider konnten wir aber noch nicht vermelden, dass es besser geworden ist.

Nach jeder antisemitischen Gewalt- oder Straftat hört man Sätze wie "Es reicht", "Das darf nie wieder geschehen". Ich sage das auch. Manchmal frage ich mich aber, ob sich seitdem wirklich etwas verändert hat. Ich persönlich finde, es ändert sich zu wenig. Weiterhin werden zu wenig Maßnahmen im repressiven und im präventiven Bereich ergriffen, und das muss jetzt endlich geschehen.

(Beifall)

Allein hier in Bayern haben sich die antisemitischen Straftaten in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt. Die Dunkelziffer ist weit höher. Die Bedrohung für die hier lebenden Jüdinnen und Juden wächst kontinuierlich, und zwar nicht nur jetzt im Moment durch die deutliche Zunahme antisemitischer Vorfälle im Zuge des Nahostkonflikts. Das ist nicht hinnehmbar. Ich sage für meine Fraktion ganz klar: Wer unter dem Vorwand der Kritik an der Politik der israelischen Regierung antisemitische Parolen auf der Straße brüllt und im Netz beleidigt und bedroht, der kann sich nicht unter dem Deckmantel der grundrechtlich verbrieften Meinungsfreiheit verstecken, sondern der handelt schlicht und ergreifend antisemitisch.

Auch die Versammlungsfreiheit hört genau dort auf, wo der Antisemitismus beginnt. Alle diese Taten müssen mit Nachdruck und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Eine Solidarisierung mit oder gar Unterstützung von terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah ist nicht hinnehmbar. Es sprengt auch den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Regierung, deren Entscheidungen man genauso wie die Entscheidungen anderer Regierungen natürlich auch kritisieren kann. Wir lassen es also nicht zu, dass hier in Bayern ein Konflikt ausgetragen wird und dabei Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen angegriffen werden.

(Beifall)

Antisemitismus gehört mit aller Entschiedenheit bekämpft, unabhängig davon, aus welcher Richtung er kommt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich hier schon deutlich sagen: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in allen gesellschaftlichen Milieus sowie in unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Lagern auftritt.

In den letzten Tagen hat man in der Presse viel vom "importierten" Antisemitismus gelesen. Kolleginnen und Kollegen, das verkürzt das Problem auf die Frage der Zuwendung und schiebt Verantwortung ab. Antisemitismus ist in der Breite der Gesellschaft

vorhanden. Wir als GRÜNE-Fraktion haben das abgefragt. Im vergangenen Jahr hatten 206 von 224 antisemitischen Straftätern in Bayern die deutsche Staatsbürgerschaft. Das sind 92 %. Das Problem also nur außerhalb unserer Gesellschaft zu verorten, ist zu kurz gegriffen.

Es reicht nicht, nur auf die anderen zu zeigen, um sich selbst zu entlasten. Antisemitismus lässt sich nicht durch Rassismus bekämpfen, sondern nur durch Zivilcourage, Solidarität und vor allem durch konkrete Maßnahmen im repressiven und im präventiven Bereich.

(Beifall)

Ich halte also fest: Egal, ob der Judenhass von Rechtsextremen ausgeht, egal, ob der Judenhass von Linksextremisten ausgeht, egal, ob er von Islamisten ausgeht, egal, ob der Judenhass von Verschwörungsideologen bei der Corona-Demo ausgeht, egal, ob die Nachbarin oder der Arbeitskollege ihn äußert: Wir stellen uns dagegen. Wir stehen auf, wenn andere sitzen bleiben. Wir widersprechen, wenn andere schweigen, und wir geben ein deutliches Signal: null Toleranz für Antisemitismus hier in Bayern.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, diese Botschaft machen wir heute deutlich, wir, die demokratischen Fraktionen, die gemeinsam eine Resolution erarbeitet haben. Mit dieser Resolution und mit diesem Beschluss zeigen wir den Jüdinnen und Juden, dass Bayern die Bekämpfung des Antisemitismus zur Priorität macht und so ein klares Bekenntnis für aktives jüdisches Leben in Bayern gibt. In dieser Resolution – Sie haben sie ja alle gelesen – ist aufgelistet, was bisher schon an Maßnahmen ergriffen wurde: Die Benennung des Antisemitismusbeauftragten und die Einrichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, RIAS, zum Beispiel, sind wichtig und helfen.

Aus unserer GRÜNEN-Sicht ersetzt das alles nicht ein umfassendes und verbindliches staatliches Handlungskonzept gegen Antisemitismus. Aus unserer Sicht müssen wir

der Ausbreitung des Antisemitismus mit allen erforderlichen repressiven und präventiven Mitteln entgegentreten. Dafür braucht es eine strategische Bündelung in einem Handlungskonzept, in dem es Präventions- und Bildungsprogramme in der Schule und außerhalb gibt, in dem es eine zentrale Anlaufstelle für Beratung von Betroffenen gibt, in dem es endlich die Möglichkeit gibt, Online-Anzeigen zu erstatten, und in dem der Staat auch zeigt, dass er Vorreiter sein kann. All das muss in einem Handlungskonzept gebündelt werden. Leider hat das der Freistaat Bayern noch nicht. Aber ich hoffe und erwarte, dass wir das bald einführen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns GRÜNEN ist auch klar: Wir können die Sicherheit von Jüdinnen und Juden nicht alleine einer Holztür überlassen. Es ist gut, dass mehr staatliche Investitionen in die technische und bauliche Sicherung von jüdischen Einrichtungen und Synagogen bewilligt wurden. Das reicht aber aus unserer Sicht nicht aus; denn die jüdischen Gemeinden sind auch auf den Einsatz von speziell geschultem Wachpersonal angewiesen. Um einen bestmöglichen Schutz jüdischer Einrichtungen zu gewährleisten, muss der Freistaat zukünftig auch die hierfür anfallenden Personalkosten vollumfänglich erstatten.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es gibt also noch viel zu tun. Papier ist geduldig. Worte alleine reichen nicht mehr. Es ist unser aller Aufgabe hier im Bayerischen Landtag, dafür zu sorgen, dass das jüdische Leben in Bayern unterstützt, gefördert und geschützt wird. Daran, Kolleginnen und Kollegen, werden wir zu Recht gemessen.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Florian Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir begehen in diesem Jahr das Jubiläum "1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland". Dass es dieses Jubiläum überhaupt gibt, ist nicht selbstverständlich; denn diese Geschichte ist zwar eine Geschichte mit vielen Gemeinsamkeiten, insbesondere, was Denktraditionen oder religiöse Vorstellungen betrifft. Diese Geschichte ist aber auch vor allem durch Verfolgung bestimmt. Wenn mittlerweile von gemeinsamen jüdisch-christlichen Traditionen oder gemeinsamen jüdisch-christlichen Wurzeln des Abendlandes die Rede ist, dann ist das richtig und muss auch gesagt werden. Aber wir dürfen es nicht benutzen, um den Blick auf die historische Realität zu verstellen.

Über all diese Jahrhunderte waren Jüdinnen und Juden Europas ausgegrenzt. Sie wurden gehasst und diffamiert, verfolgt und vertrieben. Im Laufe dieser Jahrhunderte hatten die jüdischen Gemeinden unzählige Menschenleben zu beklagen. Die Verfolgung wurde mal religiös und mal politisch begründet.

Dieser Hass auf die Juden, der Antisemitismus, sitzt tief in der deutschen und europäischen Geschichte und Kultur. Sicher gab es auch immer Ausnahmen. Es gab die Versuche des Zusammenlebens. Es gab den Lichtblick der europäischen, der jüdischen Emanzipationsbewegung ab dem 18. Jahrhundert. Doch beständig war es leider nicht. Selbst nach dem Ende der Shoah und der Niederschlagung der Nazi-Barbarie war es noch keine Selbstverständlichkeit zu sagen: Wir sind dankbar, dass die Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder eine Heimat finden und gefunden haben, dankbar, dass sie sich wieder eine Zukunft aufbauen.

Kolleginnen und Kollegen, an diesen Punkt zu kommen, war ein mühsamer politischer Weg. Es war mühsam, dass wir diesen Grundkonsens erreicht haben, von dem wir heute ausgehen.

Wenn wir dieses Jahr diese 1.700 Jahre alte jüdische Tradition in Deutschland begehen, dürfen wir diese Geschichte nicht unterschlagen; denn diese Geschichte erklärt auch, Kolleginnen und Kollegen, dass wir in allen Bereichen der Gesellschaft auf anti-

jüdische Vorurteile, auf Verschwörungsmythen und auf Judenhass treffen, dass Judenhass ein Problem ist, bei dem man nicht mit dem Finger auf einzelne Bevölkerungsgruppen zeigen und sagen kann: Nur die da haben das Problem!

Wir sind froh, dass Dr. Spaenle, der Beauftragte für jüdisches Leben, die Feststellung, die schon vor 20 Jahren über die Verbreitung des Antisemitismus in den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung gemacht wurde, anerkennt und danach handelt. Vorurteile ebenso wie Judenhass müssen überall bekämpft werden: in der deutschen Mehrheitsgesellschaft – ob im linken Bereich, in der gesellschaftlichen Mitte oder rechts –, unter Migrantinnen und Migranten, unter denen, die hier ihre Zukunft finden wollen oder längst gefunden haben. Überall müssen Judenhass und Antisemitismus bekämpft werden.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es macht keinen Unterschied, in welchem Gewand der Antisemitismus daherkommt, ob auf einer Palästina-Demo, auf der der Tod von Juden gefordert wird, oder auf einer Querdenker-Veranstaltung, auf der antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet werden. Es macht keinen Unterschied, ob er sich gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger dieses Landes oder gegen das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels richtet oder den Terror der Hamas rechtfertigt. Antisemitismus hat hier keinen Platz, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wenn ich "hier" sage, dann meine ich das auch wörtlich: auch in diesem Hause nicht. Das beleidigende Verhalten von Abgeordneten gegenüber der ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, das Beschönigen der Naziverbrechen durch AfD-Vertreterinnen und –Vertreter und das Poussieren der Fraktionsvorsitzenden der AfD mit einer Person, die durch das Tragen des gelben Sterns die Verfolgung von Jüdinnen und Juden relativiert – all das ist eine Schande für unser Land und auch eine Schande für unsere Parlamente.

(Beifall)

Wenn wir heute in den jüdischen Gemeinden hören, dass sich Menschen um ihre Sicherheit Gedanken machen oder gar überlegen auszuwandern, dann ist es mehr als höchste Zeit für uns zu handeln.

Wir begrüßen sehr, dass dieser Antrag heute als gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen eingebracht wird. Er ist ein deutliches Zeichen gegen jede Form des Antisemitismus; denn wir brauchen in dieser Frage den Grundkonsens aller Demokratinnen und Demokraten.

Wir machen gemeinsam deutlich, dass Vorurteile und Judenhass in allen Bereichen des Lebens bekämpft werden müssen – durch Aufklärung, durch Bildung und durch aktives Zusammenwirken aller –, aber dort, wo Hassrede, Bedrohung, Beleidigung und Gewalt ins Spiel kommen, durch konsequentes Handeln der Sicherheitskräfte und durch konsequente Strafverfolgung.

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir das heute beschließen, fängt unsere gemeinsame Arbeit erst an. Denn was wir hier formulieren, sollen nicht nur schöne Worte sein; es soll uns zum Handeln anhalten. Deshalb fordern wir die Mehrheitsfraktionen auf, den Weg in dieser Frage gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen des Hauses zu gehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben bereits die Initiative in das Haus eingebracht, die Handlungsempfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Bundestags darauf hin zu prüfen, wie weit sie auch in Bayern umgesetzt werden müssen. Dies wurde leider abgelehnt. Wir hoffen, dass von dem heutigen gemeinsamen Antrag auch die Initiative ausgeht, solche Debatten künftig anders und gemeinschaftlich zu führen.

Wir bitten um Zustimmung zu dem heute vorliegenden gemeinsamen Antrag.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Wolfgang Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Albert Einstein, Franz Kafka, Heinrich Heine, Stefan Zweig, Hannah Arendt, Paul Ehrlich, Else Lasker-Schüler, Felix Mendelssohn Bartholdy, Gustav Mahler – diese Liste an Personen mit jüdischer Herkunft, die unser Leben so stark geprägt haben, ließe sich noch endlos fortsetzen. Sie alle haben Großes geleistet und dieser Welt und damit auch uns etwas hinterlassen, wofür wir sie in Erinnerung behalten werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, seit mehr als 1.700 Jahren leben Jüdinnen und Juden in den Ländern und Regionen Mitteleuropas und Deutschlands. Leider gibt es nahezu seitdem auch Antisemitismus. Es ist mir unbegreiflich und berührt mich auch persönlich zutiefst, dass wir in Deutschland immer und immer wieder über dieses Thema reden müssen – in einem Land, das doch aus seiner Geschichte hätte lernen müssen. Die Ermordung von etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden – hier soll auch an Roma und Sinti gedacht werden – sollte alle Menschen in Deutschland und nachfolgende Generationen sensibilisieren.

Ich kann und will nicht akzeptieren, dass wir in einer Welt leben, in der Menschen so menschenverachtend über andere denken, reden und handeln. Ich will in einem Land leben, in dem jemand nicht aufgrund seiner Herkunft oder Religion beurteilt wird, sondern nur nach seinen Taten und seinem Handeln.

(Beifall)

Ich will in einem Land leben, in dem sich jeder und vor allem unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sicher fühlen und frei entfalten können.

Ich will in einem Land leben, das es schafft, Artikel 1 unseres Grundgesetzes vollständig umzusetzen:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das ist also auch unsere Verantwortung.

Leider, verehrte Damen und Herren, gehen die Nachrichten und Entwicklungen in die entgegengesetzte Richtung. Das ist beschämend für uns. Dabei müssen wir trennen zwischen der Kritik an der Politik des Staates Israel und dem Hass und den Aggressionen gegen Jüdinnen und Juden, vor allem hier in Deutschland.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hass und Hetze sind aktuell nicht nur auf den Straßen zu sehen. Die sozialen Medien sind voll davon. Es gibt eine vielfache unheilige Allianz zwischen Demonstrierenden und Hasspostings in den sozialen Medien.

Beschimpfungen, Verunglimpfungen und antisemitische Äußerungen sind weder im öffentlichen noch im digitalen Raum zu dulden. Mit aller Kraft müssen wir uns als Gesellschaft dagegenstellen. Null Toleranz gegenüber Antisemiten!

(Beifall)

Was können wir tun? – Unsere Aufgabe als Vertreter des Staates ist es, die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst zu nehmen und sich ihr entschieden entgegenzustellen. Wenn wir uns nicht dafür einsetzen, wer dann?

Die heutige Resolution ist ein richtiger und extrem wichtiger Schritt. Genauso wichtig ist es, dass die demokratischen Fraktionen des Bayerischen Landtags eng zusammenstehen und ihre klare Haltung gegen den Antisemitismus nach außen tragen. Antisemitischen Angriffen und Ausschreitungen muss mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegengetreten werden.

Wir müssen lauter und deutlicher gegenüber antisemitischen Äußerungen und Ausfällen auftreten. Wir müssen unsere Stimmen noch deutlicher erheben, dass es uns nicht egal ist, wie sich Jüdinnen und Juden bei uns hier fühlen. Wir müssen klarmachen,

dass wir an ihrer Seite stehen und sie mit allen Mitteln des Rechtsstaates – ich wiederhole mich – beschützen.

Verehrte Damen und Herren, solange ich lebe, gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass dieses Thema wirklich einmal Geschichte sein wird und wir in einem Deutschland, in einem Europa leben werden, wie ich es mir immer gewünscht habe: frei, tolerant und wehrhaft gegen die Feinde der Demokratie im besten Sinne des Grundgesetzes und auch der Bayerischen Verfassung.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Karl Freller.

Karl Freller (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp zehn Jahren ist der NSU, der Nationalsozialistische Untergrund, aufgeflogen. Auch mir hat damals das Landeskriminalamt mitgeteilt, dass mein Name, der Name meiner Frau und unsere Privatadresse in Schwabach auf den Listen standen, die man bei den Tätern Mundlos und Böhnhardt fand. Wahrscheinlich war mein Wirken für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten die Ursache. Meine Rede in der damaligen Plenardebattue schloss ich mit dem Satz: Es ist nicht vorbei, die braune Saat geht immer wieder auf. – Manchmal ist es bitter, recht zu behalten.

Besonders der Antisemitismus dieser Tage zeigt eine Wut und Wucht, bei der keine Sonntagsrede mehr Abhilfe schafft. Die viel beschworene wehrhafte Demokratie muss jetzt beißen; bellen hilft nicht mehr.

Es ist ein Armutszeugnis, wenn ein Bürgermeister die israelische Fahne vom Rathaus abhängen muss, so geschehen in Hagen, weil man in Sorge ist, der Proteste nicht Herr zu werden. Wehrhafte Demokratie heißt: Es muss schonungslos verfolgt und ermittelt werden, auch wer die Drahtzieher und geistigen Brandstifter sind.

(Beifall)

Sehr verehrte Damen und Herren, das Wort "Antisemitismus" muss uns allen, der Politik wie der gesamten Bürgerschaft, durch Mark und Bein gehen. Mit dieser Geisteshaltung sind im letzten Jahrhundert sechs Millionen Juden von den Nationalsozialisten grausam ermordet worden. Es gab Gräueltaten ohne Ende. Kleinkinder hat man ihren erschossenen Eltern lebendig ins Massengrab nachgeworfen und sie dann zugeschaufelt, wie es Zeitzeugen heute noch berichten. Antisemitismus, der Hass gegen Juden, ist das Schlimmste, was Deutschland je hervorgebracht hat. Und dann meinte ein Alexander Gauland, Hitler und die Nationalsozialisten seien nur ein "Vogelschiss" in tausend Jahren deutscher Geschichte gewesen.

In der AfD-Fraktion dieses Parlaments sind etliche Abgeordnete, denen ich persönlich wirklich nichts Böses unterstelle. Aber ich will nie und nimmer begreifen, warum sie sich nicht von ihrer Partei verabschieden.

(Lebhafter Beifall)

In München – es ist noch kein Jahr her, es war im Juni 2020 – wurde ein Björn Höcke mit AfD-Ehren empfangen. Er war es, der das Denkmal für die ermordeten Juden in Berlin als "Denkmal der Schande" bezeichnet hat. Wörtlich sagte er: "Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat." – Allein diese Aussage ist Antisemitismus pur.

Leider ist die rechte und rechtsextreme Szene nicht die einzige, in der Judenhass einen Nährboden findet. Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat eine weitere Gruppe als Täter klassifiziert. Sie bestehe, so die EUMC-Studie, aus jungen Muslimen, Personen nordafrikanischer Abstammung und Immigranten. Das vergangene Wochenende hat dieses Forschungsergebnis mehr als bestätigt. Brauner Extremismus und antisemitischer Islamismus werden zu einer giftigen Mischung für unser Land.

Dazu kommen noch der Antisemitismus aus der linken Ecke – Gysi lässt Grüßen – und die abstruse Judenfeindlichkeit vieler Querdenker und Corona-Leugner. Von welch scheußlichem Zynismus zeugen auf das T-Shirt aufgeklebte Judensterne mit dem Text "Impfen macht frei" oder die perverse Bildmanipulation der AfD Salzgitter, die im Foto eines KZ-Tores die Inschrift "Arbeit macht frei" zu "Impfen macht frei" umformte!

Nun komme ich zu meinen Gedanken zur sogenannten Israel-Kritik. Wenn auf Transparenten steht "Israel ist unser Unglück", dann muss man wissen, dass dieses Zitat ursprünglich auf Julius Streicher, den mittelfränkischen NSDAP-Gauleiter und "Der Stürmer"-Herausgeber zurückgeht. Das ursprüngliche Zitat lautet: "Juden sind unser Unglück". – Für mich ist es pure Scheinheiligkeit, wenn jemand bei antisemitischen Hassdemonstrationen mitmarschiert und hinterher erklärt, er habe nur gegen die Tagesspolitik des Staates Israel demonstrieren wollen.

Im Übrigen sind Israel und Deutschland, sind Israel und Europa Partner und, wie es Angela Merkel vor Jahren in ihrer Rede vor der Knesset formulierte, verbunden durch gemeinsame Werte, verbunden durch gemeinsame Herausforderungen und verbunden durch gemeinsame Interessen. Denn Stabilität, wirtschaftliche Prosperität, Sicherheit und Frieden in Europa sowie in dieser Region sind in unser beiderseitigem Interesse. Israel – so sagte es die Kanzlerin, und ich sehe es genauso – ist die einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten.

Vor zwei Jahren war ich in Tel Aviv, zufällig am Christopher Street Day. Stundenlang zog eine lebensfrohe Parade entlang des Strandes. Das war Freiheit pur. Was würden Menschen in Nachbarländern für eine solche Offenheit in ihren Staaten geben! Vielleicht sollte die Fridays-for-Future-Bewegung etwas vorsichtiger sein, sich einseitig negativ über Israel zu äußern. Wer für die Jugend spricht, dem muss die Toleranz in einer Gesellschaft ein wichtiges Ziel sein.

(Beifall)

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist viele Jahrhunderte alt und höchst komplex. Es bleibt jedem unbenommen, sich eine eigene Meinung über die Tagespolitik in Israel zu bilden. Aber eines ist für mich klar: Die Sicherheit Israels ist für uns Deutsche niemals verhandelbar. Nach der Shoah ist es deutsche Staatsräson und menschliche Verpflichtung, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um Israels Existenz zu schützen.

(Beifall)

Zum Glück und endlich hat Außenminister Maas den Raketenterror der Hamas auf das Schärfste verurteilt. 3.000 Raketen hat die Hamas innerhalb von sechs Tagen auf die Zivilbevölkerung Israels abgefeuert. So lässt sich kein Frieden in dieser Region erzwingen. Das führt allenfalls zu Krieg. Und dass wohl der Iran hinter der Hamas steht, ist mehr als eine Vermutung. Es ist nicht nur das Recht Israels, sich zu wehren, sondern es ist seine Pflicht, zum Schutz seiner Zivilbevölkerung.

Zurück nach Deutschland. Wer aus einem anderen Land hierher geflüchtet ist und bei uns Schutz und Hilfe gefunden hat, dessen mindeste Pflicht ist es, sich auch an diese deutsche Staatsräson zu halten. Wer Hassparolen grölt und israelische Fahnen verbrennt, der hat zu gehen, und zwar schnell.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Redezeit ist zu kurz, um die gesamte Entschließung zu erläutern und den umfangreichen Katalog bayerischer Maßnahmen darzustellen. Die Staatsregierung, vom Ministerpräsidenten bis hin zum Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, leistet ihr Möglichstes. Gerade auch die KZ-Gedenkstätten haben die Herausforderung angenommen. Insbesondere in Flossenbürg bemüht man sich im Projekt "ReMember" vor allem um Jugendliche im Alter von 15 bis 23 Jahren mit Migrations- oder Fluchterfahrung und führt sie zu einem Zertifikat als Botschafter bzw. Botschafterin für gelebte Erinnerungskultur. Das bedeutet, Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien meist muslimischen Glaubens lernen, wohin

Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus führen. Dadurch haben wir die Chance, viele Vorurteile, die sie gegen Juden von Haus aus mitbringen, abzubauen.

Generell brauchen wir im Lande neben mehr politischer Bildung wieder eine stärkere Erziehung zu Empathie und Menschlichkeit. Wer als Kind den Spruch "Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg' auch keinem andern zu" verinnerlicht, wird auch im späteren Leben mehr Rücksicht auf andere nehmen. Abschließend will ich drei Punkte nennen, die mir wichtig sind:

Erstens. Ich danke den Repräsentanten der beiden Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, Frau Dr. Charlotte Knobloch und Herrn Dr. Josef Schuster, und allen an ihrer Seite für ihre großartige und glaubwürdige Arbeit. Ich danke auch der Liberalen jüdischen Gemeinde. Es ist großartig, dass jüdisches Leben in viele unserer Städte zurückgekehrt ist. Wie bereits Vorredner gesagt haben, ist es eine große Bereicherung, dass die jüdische Kultur wieder gepflegt wird und wir gemeinsam über 1.000 Jahre jüdische Kultur in Bayern und 1.700 Jahre jüdische Kultur in Deutschland feiern können. Auch wenn die Corona-Maßnahmen noch etwas hinderlich sind, der Wille zur Gemeinsamkeit in Bayern trägt.

Eine zweite Bemerkung. In diesen Tagen finden projüdische Kundgebungen statt, zum Beispiel am Sonntag um 14 Uhr am Nürnberger Kornmarkt. Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele Menschen Bayerns daran beteiligen und deutlich zeigen, dass sich unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger auf ihre Nachbarn, ihre Arbeitskollegen und die anderen Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt verlassen können und unter unser aller Schutz stehen. Mir ist die Mehrheit der Bevölkerung noch zu still. Ich zitiere hier gerne Nils Minkmar aus der "SZ" von gestern:

Alle sind wir nun aufgerufen, ganz vorne die Künstlerinnen und Künstler im Land, dazu die Intellektuellen. Die auch, die viel über die Allmacht des Staates philosophierten in den letzten 18 Monaten [...] Wir alle sind aufgerufen hinzuschauen.

Und unseren jüdischen Freundinnen und Freunden zu sagen: Wir sind für euch da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der letzte Gedanke. In diesen Wochen weilt der 93-jährige jüdische Zeitzeuge Abba Naor aus Israel in Bayern und berichtet vielerorts über sein Schicksal und das seiner Familie. Es ist eine großartige Leistung, fast jeden Tag rauszugehen und vor allem mit Kindern und Jugendlichen zu reden. Ich war letzte Woche dabei. Das war sehr eindrucksvoll. Abba Naor, sein Schicksal ist bitter und unvorstellbar. Er lebte in Litauen. Sein älterer Bruder wurde als 14-Jähriger erschossen. Warum? – Weil sie im Ghetto wohnten und hungrig waren und sich der 14-Jährige in die Stadt schlich. Es war verboten, das Ghetto zu verlassen. Er wurde erwischt und danach sofort erschossen. Seine Mutter, 38 Jahre jung, und seinen fünfjährigen Bruder verlor er in Auschwitz. Sie wurden vergast.

Abba Naor hat aber den Glauben an die Menschen nicht verloren. Sein Aufruf an die Jugend von heute lautet: Seid dankbar für euer Leben und hasst nicht. Hassen ist schlimm. Hassen tötet.

Lassen Sie uns diese Stunde im Parlament zu einer gemeinsamen Stunde gegen den Hass machen.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der AfD spricht nun Herr Kollege Uli Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Verehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, liebe jüdische Mitbürger! Israel ist ein Land, zu dem wir eine ganz besondere Beziehung haben, ist doch unsere neuere Geschichte auf leider unrühmlichste und schmerhafteste Weise zugleich mit den Menschen jüdischen Glaubens verbunden. Das uneingeschränkte Existenzrecht Israels ist deshalb für uns von der AfD unverhandelbar. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Auch das ist ein Grund dafür, weshalb wir dieses

Juwel in einer insgesamt judenfeindlichen Umgebung unbedingt zu unterstützen haben. Israel ist also ein Freund, ja, ich darf 76 Jahre nach der Shoah Gott sei Dank sagen, ein guter Freund. Genau deshalb ist selbstverständlich auch Kritik an der Politik Israels erlaubt; denn auch dafür sind gute Freunde natürlich da.

Kritik an Israel darf aber niemals vorgeschoben werden, um jüdisches Leben zu diffamieren, das Judentum an sich anzugreifen, Juden in Sippenhaft zu nehmen oder jüdische Verschwörungen zu konstruieren; denn dann wäre sie nicht redlich, sondern Verrat an einem guten Freund. Was wir in den letzten Jahren überall in Europa und leider auch in Deutschland erleben müssen, ist jedoch, dass ein nach meiner Erfahrung weltweit existierender latenter bis offen zur Schau getragener Antisemitismus zunehmend lauter seine dumpfe Stimme erhebt. Es gilt festzuhalten, dass durch die einzigartige und in weiten Teilen auch gelungene Aufarbeitung der schwärzesten Jahre Deutschlands die Bedingungen für ein freies, sicheres und selbstbestimmtes jüdisches Leben hier in Deutschland insgesamt gut waren.

Glücklicherweise ist nur noch ein Rest an Unbelehrbaren übrig geblieben. Dennoch sind wir, unserer Geschichte verpflichtet, alle aufgefordert, im Rahmen dessen, was Vernunft und Rechtsstaatlichkeit noch als zulässig erachten, unentwegt daran zu arbeiten, dieses Übel gänzlich auszumerzen. Jede hier im Landtag vertretene Partei hat zum Thema Antisemitismus ihre eigene Agenda auf dem Weg zum selben Ziel, nämlich dem Schutz und der Normalisierung jüdischen Lebens in unserem Lande. Mir ist bewusst, dass ein Redner der AfD heute von Ihnen allen mit Argusaugen beobachtet wird, teils befürchtend, teils aber auch darauf hoffend, dass er sich vergaloppieren könnte oder eben auch vergaloppieren möge.

Heute sollte es aber doch einzig darum gehen, unseren jüdischen Mitbürgern einstimmig, einvernehmlich und über alle Partegrenzen hinweg zu versichern, dass wir uns alle uneingeschränkt unserer historischen Verantwortung bewusst sind. Eine solche Resolution verbal zu begleiten, ohne auf die aktuellen Geschehnisse einzugehen, wäre aber kontraindiziert; denn wenn man etwas verbessern möchte, kann man nicht

auf Unredlichkeit aufzubauen. Ich hoffe sehr, dass wir uns jedenfalls diesbezüglich alle hier im Hohen Hause einig sind.

Ich spiele jetzt auf das Thema und die Vokabeln an, welche man in Ihrer Resolution interessanterweise auf keiner Seite findet. Richtigerweise taucht der Nazi grundsätzlich als Täter in Sachen Antisemitismus auf. Selbstverständlich findet sich leider auch Platz dafür, die AfD unverhohlen zu diffamieren. Dass Sie dagegen linken Antisemitismus nicht thematisieren, ist indessen nicht überraschend; denn der Umstand, dass man hierzulande auf dem linken Auge blind ist, ist wahrlich nichts Neues. Aber das Wort, das ich meine und welches Sie offensichtlich scheuen wie der Teufel das Weihwasser, das lautet "Islamismus". Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des radikalen Islamismus, den ein politischer Islam stets befeuert, angesichts der jüngsten Ereignisse in seiner Dringlichkeit mehr als nur evident.

Im Folgenden geht es mir nicht um die Suche nach Sündenböcken, sondern es geht um den unverstellten Blick auf die Ursachen des gegenwärtig hochkochenden Judenhasses. Dazu gehört es nun einmal, dass sich unsere Bevölkerungsstruktur in den vergangenen dreißig Jahren radikal verändert hat, dass wir das Hauptziel großer Migrantenströme geworden sind und ein übergroßer Anteil dieser Menschen aus archaischen Kulturkreisen kommt und oft einer Religion angehört, deren Anhänger die Vernichtung Israels teils sogar aktiv betreiben. Zumindest predigen sie diese zu oft fanatisch, und sehr oft erhoffen sie selbige sehnlichst.

Wir müssen uns offen eingestehen, dass wir es in sträflichster Weise unterlassen haben, dafür zu sorgen, dass diese Form des Antisemitismus bei uns keine Wurzeln schlagen, sprich hier nicht auch Zuflucht finden kann. Die Ewiggestrigen, die aus deutschen Familien stammen, ja, um die müssen wir uns kümmern. Die haben wir am Hals. Die kann man uns leider nicht abnehmen. Die müssen wir mithilfe des Strafrechts in ihre Schranken weisen. Diejenigen aber, die zu uns gekommen sind, die zu Recht oder auch nur vorgeschoben Schutz suchen oder auch einfach nur nach einem besseren Leben in der Fremde trachten, die müssen wir nicht bei uns dulden, wenn

sie sich denn als Antisemiten entpuppen. Die müssen wir nicht ertragen. Von denen müssen wir uns einfach nur trennen, wenn sie denn so, wie in ihren Herkunftsländern auch, gegen unsere Freunde in Israel hetzen oder gar unter unseren jüdischen Mitbürgern hier in Deutschland Angst und Schrecken verbreiten.

Nach wie vor erhält kein zu uns gekommener Geflüchteter nach seiner Registrierung ein Heftchen in seiner Landessprache in die Hand gedrückt, in welchem er lesen kann: Wer meint, als Gast gegen die Aufnahmegerellschaft agieren zu müssen, wer es gar wagt, seine Gastgeber als "Ungläubige" zu bezeichnen, wer die Vernichtung Israels herbeisehnt, und sei es auch nur mit Worten, wer auf der Straße anlässlich des al-Quds-Tags offen Israelhass und Antisemitismus praktiziert, wer in Moscheen zum Dschihad und den Kampf gegen Israel auffordert, der muss mit empfindlichen Strafen, vor allem aber mit seiner zeitigen Abschiebung rechnen. Diese klare Ansage fehlt jedoch vollständig. Das macht ihre Resolution zumindest zu einem Teil zu einer mutlosen.

Machen wir uns bitte nichts vor: Der Gaza-Konflikt ist doch nur ein Vorwand, um endlich einmal wieder den von Kindheit an erlernten Judenhass herauszubrüllen. Und wir stehen dumm da und wundern und ärgern uns darüber. Fürchten aber müssen sich die Kippa-Träger. Dabei haben wir doch diesen Mitbürgern schon vor viel längerer Zeit und aus viel besseren Gründen unseren uneingeschränkten Schutz versprochen als denen, die in diesen Tagen zu uns strömen. Wer aber wie leider auch Sie nicht bereit ist, sich diese Umstände und das Faktum massivster Zuwanderung von antijüdisch indoktrinierten Menschen einzugehen, der kann nicht hoffen, dieser Bedrohung je Herr zu werden. Dessen Lösungsansätze sind so von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Im Namen der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag erkläre ich hiermit, dass wir diese Resolution gerne als fraktionsübergreifende Resolution mitgetragen hätten. Dies ist uns jedoch faktisch von Ihnen verweigert worden, wurden wir ja nicht einmal in deren Entstehung und Formulierung eingebunden. Durch dieses Verhalten zusammen mit

dem taktisch motivierten Rückgriff auf den angeblichen Eklat von 2019, den Sie ganz bewusst zu unserer Abschreckung und Diffamierung eingefügt haben, haben Sie Ihre Resolution selbst um ein gutes Stück entwertet. Es geht Ihnen mit der Aufnahme dieses anlassfremden und hinterhältigen Passus darum, eine sonst mögliche Zustimmung der AfD-Fraktion heute zur Resolution zu verhindern, nur um uns anschließend als Antisemiten diffamieren zu können. Offenbar haben Sie alle nicht einmal mitbekommen, dass sogar Michael Wolffsohn, seines Zeichens ehemaliges Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde in München, im Januar 2019 Verständnis für die Reaktion meiner Kollegen geäußert hat. Angesichts eines, wie er sich so freundlich ausdrückte, so unkömmlichen Verhaltens seitens seiner Präsidentin, der es – so könnte man es auch interpretieren – leider wohl nicht nur um das Gedenken ging, sondern auch um einen orchestrierten Angriff auf eine demokratisch gewählte Partei im neuen Landtag.

Sei es wie es sei – als einer der Abgeordneten, der den Saal damals aus ganz persönlichen Motiven nicht verlassen hat, wiederhole ich es noch einmal ganz ausdrücklich: Sie haben diese Resolution entwertet. Sie haben gezeigt, dass es Ihnen um vieles geht, kaum aber wohl um Israel und unsere jüdischen Mitbürger. Sie betreiben Wahlkampf. Sie wollen eine demokratisch gewählte Partei um jeden Preis öffentlich verächtlich machen und ausgrenzen. Das ist wahrlich ein widerliches Politschauspiel und dem Ernst des Themas nicht annähernd angemessen. Es wird Ihnen auch nicht viel nützen; denn nichtorganisierte jüdische Mitbürger wählen uns jetzt schon in großer Anzahl, wohl wissend, dass wir die einzige Partei sind, die es wirklich ernst mit Israel und dem Judentum meint.

(Zuruf)

Ich persönlich aber bin entsetzt und enttäuscht über Ihr Verhalten. Mit seriöser Politik zum Wohle unserer jüdischen Mitbürger hat dieses durchsichtige Wahlkampfmanöver jedenfalls leider sehr wenig zu tun, wenn Sie denn immer von den fünf angeblich demokratischen Parteien im Bayerischen Landtag schwadronieren. Wir aber müssen uns

nun bei Ihrem Antrag – und dazu haben Sie uns auf entwürdigende Weise gezwungen – enthalten; denn den Gefallen, ihn abzulehnen, werden wir Ihnen nicht tun.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der Kollege Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Das eben Gehörte richtet sich selbst. Wer an dieser Stelle die Einlassungen der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern genau an dieser Stelle im Januar vor zwei Jahren, der ich als Beauftragter beiwohnen konnte, in dieser Weise wertet und zu seiner billigen parteipolitischen Polemik missbraucht, hat den Anspruch auf ernsthafte Wahrnehmung an diesem heutigen Abend verwirkt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn der Führer dieser Partei bei einem Parteitag in Augsburg das Keyword von "Tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte" verwendet, dann ist das ein Schlüsselwort. Es ist das Schlüsselwort vom tausendjährigen Reich. Das ist eine bewusste Taktik der Geschichtsklitterung und der Verschiebung von Tabu-Grenzen. Wer "Zwölf Jahre Vogelschiss" für das Unheil und den größten Zivilisationsbruch, der im deutschen Namen je geschah und zu einem der größten Menschheitsverbrechen führte, sagt und dies mit einer solchen Formel belegt, der tut das erstens bewusst und zweitens sendet er in der Kombination mit diesem Schlüsselwort "Tausend Jahre erfolgreicher deutscher Geschichte" ein Signal. Er sendet das Signal, dass die politische Formation, der er vorsteht, aus den geistigen Quellen derer schöpft, die für diesen Absturz verantwortlich sind und waren. Insofern ist der erste Teil Ihrer Einlassungen reine Heuchelei.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich erlaube mir diese Bewertung als gewähltes Mitglied dieses Hauses. – Kolleginnen und Kollegen, heute erreicht mich die Nachricht, dass in manchen Schulen in Bayern heute Schülerinnen und Schüler fehlen, weil jüdische Eltern Angst haben, dass ihren Kindern auf dem Weg zur Schule oder zurück aufgrund der bestehenden Situation Dinge widerfahren, die ihnen nicht widerfahren sollen. Vor noch nicht 48 Stunden ist ein Mann hier im Schatten des Domes angegriffen worden, weil er eine Baseballcap verkehrtherum trug und die als Kippa identifiziert wurde. Mich selbst erreichen in meiner Funktion als Beauftragter in diesen Tagen interessante Mails, die ich Ihnen vorenthalte, weil das "Niveau" wirklich bemerkenswert ist. "Judenknecht" ist noch das vornehmste.

"Schalom" ist das wohl weltweit bekannteste Wort für "Frieden". Wir wünschen uns nichts sehnlicher als Frieden für die Menschen im Heiligen Land. Aber deutlich zu machen, dass das Beschießen der Zivilbevölkerung des Staates Israel mit über dreitausend Raketen durch terroristische Gruppen, die die Bevölkerung des Gaza-Streifens in politischer Geiselhaft halten, schreiendes Unrecht ist und dass die Reaktion Israels selbstverständlich auf sein Selbstverteidigungsrecht zurückzuführen ist, das festzustellen und zu sagen "Am Israel Chai!", ist in diesen Tagen nicht nur möglich, sondern auch zulässig und politisch geboten. Das enthebt uns nicht der Pflicht, – – Wir sind dankbar, dass der Bundesaußenminister in diesen Stunden den Versuch unternimmt – Deutschland kann nicht allein handeln –, aber den Versuch unternimmt und das Zeichen setzt, den Frieden den Menschen im Heiligen Land ein Stück näherzubringen. Frieden im Sinne von "Schweigen der Waffen". Auch das ist eine Folge deutscher Verantwortung.

Jüdische Menschen in diesem Land haben diesen Frieden ebenfalls verdient. Wenn in der Bundesrepublik Deutschland aus ganz unterschiedlichen Motiven unterstellt wird, dass die Fraktionen dieses Hauses, die diese gemeinsame Resolution tragen, die vielleicht ein kleines Stück Revolution ist, auf irgendeinem Auge blind wären für eine

Quelle von Judenhass, dann ist das eine politische Infamie. Niemand spricht in Richtung islamistisch begründeten Judenhasses von irgendeinem Verständnis oder anderen Momenten. Wenn sich auf deutschen Straßen islamistisch geprägte Gruppierungen judenfeindlich und auf die Vernichtung Israels abzielend äußern, dann muss das denselben Widerstand der demokratischen Mehrheit in diesem Land finden wie der dumpfe rechtsradikale oder der linksextrem motivierte antizionistische Judenhass, der sich mit Israel fundamental auseinandersetzt und Israel in seiner Existenzberechtigung angreift. Das ist die Botschaft. Leider ist Judenhass präsent; er war nie weg.

Zwischen 1945 und dem Anfang der Fünfzigerjahre wurden mehr jüdische Friedhöfe geschändet als in den ganzen zwölf dunklen Jahren; auch das gehört zur Wahrheit. Wenn jüdische Menschen heute Angst haben und als Staatsbürger unseres Landes dafür in die Pflicht genommen werden, dass sie einem anderen Staat verbunden sind, weil er für eine große Zahl von Angehörigen ihrer Religion Heimstatt und für sie selbst natürlich mindestens religiöse oder geistliche Heimat ist, wenn Menschen und Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in die Pflicht genommen und für politische Vorgänge am Ostende des Mittelmeers beschuldigt werden, dann ist unsere Demokratie im Kern gefährdet.

Wenn Menschen um Leib und Leben fürchten müssen, weil sie erkennbar, scheinbar oder wirklich als Jüdinnen und Juden in diesem Land erkannt werden, und ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken, weil sie sich im Moment in einem angstvollen Zustand befinden, dann geht es um die Menschenwürde im Alltag. Dem müssen wir uns stellen. Das beginnt mit dem dummen Witz. Das beginnt mit der Bemerkung, die man so gehen lässt. Das geht weiter mit geistigen Gebäuden. Wenn in diesem Land in einer Grundschulklasse über Religion gesprochen wird und die Lehrkraft ein jüdisches Kind einer anderen Klasse zu einer Diskussion einlädt, die gut verläuft, wenn ein Kind dieser Klasse am Schluss der Diskussion feststellt, es sei interessant, was das jüdische Kinder erzählt habe, und Parallelen zwischen Synagoge und Kirche erkennt und das jüdische Kind fragt, wann die Juden eigentlich das Blut der Christenkinder trän-

ken, dann ist etwas faul im Staate Dänemark. Das heißt: Antisemitismus ist jeden Tag in unserem Land präsent. Jüdische Bürgerinnen und Bürger sind ein Stück weit in ihrer Freizügigkeit im altmodischen Sinne des Grundgesetzes eingeschränkt. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wir müssen handeln, und es wird gehandelt. Nach dem Anschlag in Halle war eigentlich kein anderer Anlass mehr vorstellbar, der die Dinge nach vorne treibt. Wir müssen Antisemitismus mit Bildung und Wissen begegnen. Antisemitismus selbst ist ein aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammender Kampfbegriff eines Rassisten, eines Deutschen, der damit den rassistischen Judenhass ein Stück weit wissenschaftlich verbrämt hat. Er hat sich nun einmal als internationaler Begriff eingebürgert. Aber auch das muss man wissen. Das heißt: Wir müssen uns anstrengen, die Menschen aufzuklären. Das geschieht; wir gehen hier voran, aber wir müssen mehr tun. Wir müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung, im Ehrenamt, in der Wissenschaft und auch im öffentlichen Dienst Dinge weiter nach vorne bringen. Wir brauchen schlicht und einfach für jede Zielgruppe die richtige Formel, die richtige Form und die richtige Präsentation des Inhalts, um über jüdisches Leben in diesem Land zu sprechen und eigentlich auch dieses jüdische Festjahr nach 1.700 Jahren zu begehen. Das tun wir auch weiterhin.

Ich bin ein Stück weit stolz, Ihnen berichten zu können, dass Hunderte von Veranstaltungen in Bayern stattfinden, die dieses Jahr auch über diese schlimmen Bilder hinweg prägen werden. Die Menschen sind sich ein Stück weit der jüdischen Vergangenheit ihrer Gemeinde vor Ort bewusster. Es gibt eine neue Geschichte des Judentums in Bayern, die zwei Jahre alt ist und von einem Landeshistoriker der Universität Augsburg stammt, der leider schon verstorben ist. Sie geht diesen Weg von über tausend Jahren Geschichte des Judentums ab. Wenn man – ich sage einmal – in der Mehrheitsgeschichte über den Dreißigjährigen Krieg, die Aufklärung, den Deutsch-Französischen Krieg bis hin zu den schlimmsten Ereignissen der deutschen Geschichte

nachdenkt und diese strukturiert, dann ist der Weg des Judentums durch die gemeinsame Geschichte von den Wellen der Pogrome gekennzeichnet. Das muss man wissen. Der Weg durch die gemeinsame Geschichte war schmerhaft. Es gibt aber genauso das Gemeinsame, das in allen Reden angeklungen ist. Es gibt herausragende Beiträge und Leistungen in Kunst, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft jüdischer Menschen dieses Landes. Darüber müssen wir sprechen.

Uns ist im letzten Jahr deutlich geworden, wie dünn der Firnis ist. Unter den Ausnahmebedingungen der Pandemie und der eingeschränkten Situation der Grundrechte war eines zu beobachten: Die Menschen – ob Querdenker oder nicht – fühlten sich zu Recht bedrängt und machten von ihrem Demonstrationsrecht und ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch. Wenn dann aber eine übergeordnete dunkle Macht identifiziert wird, die uns chipt und uns irgendetwas ins Blut senken will, dann ist es zunächst ein amerikanischer Unternehmer, und dann war man ganz schnell beim Weltjudentum.

Das heißt: Das klassische Suchen eines Sündenbocks, das Grundmotiv des Judenhasses, ist in dieser Ausnahmesituation so rasch wie selten wieder öffentlich erkennbar gewesen. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir brauchen ein konzertiertes Handeln. Wir brauchen eine Bündelung der Kräfte. Deshalb habe ich der Staatsregierung vorgeschlagen, ein Gesamtkonzept für jüdisches Leben auf der einen und die Bekämpfung des Antisemitismus auf der anderen Seite zu entwickeln. Im Moment ist der Auftrag gegeben worden, mit den Ressorts darüber zu sprechen. Wir müssen das zwischen den Ressorts vorhandene Fachwissen auf Dauer abgleichen und Schnittstellen sehen.

Wenn man etwa im Bereich der Wissenschaft vorankommt, dann muss man diese Erkenntnis in schulische Bildung, in Lehrerbildung und -fortbildung überführen. Man muss sie auf richtige Anwendung wie etwa in der Polizeiausbildung oder auf Leitfaden übertragen, wie es der Justizminister für Bayern als erstes Land mit einem eigenen Leitfaden zur Bekämpfung und Erkennung von Antisemitismus für die Strafverfol-

gungsbehörden getan hat. Wir müssen diesen Weg gehen. Wir müssen die Kräfte bündeln und gemeinsam die Stärke besitzen, uns dem entgegenzustellen, was Judenhass bedeutet: einen Angriff auf die Menschenwürde im Alltag. Wir müssen uns dem entgegenstellen, damit das Wort Schalom in unserem Land wieder für alle hier in diesem Land lebende Menschen die volle Bedeutung hat.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Spaenle. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem überfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER, der CSU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/15841 "Antisemitismus entschieden bekämpfen!" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gibt es zu diesem Dringlichkeitsantrag Gegenstimmen? – Keine. Gibt es zum Dringlichkeitsantrag betreffend "Antisemitismus entschieden bekämpfen!" Stimmenthaltungen? – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.